IFSH aktuell
113

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg Dezember 2015 - Februar 2016

In der Grauzone zwischen Frieden und Krieg

7. Workshop „Wege aus der Gewalt“ von IFSH und ZNF in Hamburg

Der siebte Workshop „Wege aus der Gewalt – Neue Entwicklungen der Friedens- und Konfliktforschung in Hamburg“ fand in einer Zeit manifester Friedensgefährdungen statt. Die von Michael Brzoska (IFSH) und Gerald Kirchner (Zentrum für Naturwissenschaft und Frieden, ZNF) organisierte Veranstaltung widmete sich in diesem Jahr Friedensbemühungen, die in verschiedener Hinsicht die wachsende Grauzone zwischen Frieden und Krieg berühren.

Vortragende beim 7. Workshop „Wege aus der Gewalt“ von IFSH und ZNF in Hamburg. In der Bildfolge: Nora Markard, Jürgen Scheffran, Nadja Maurer, Gunnar Jeremias.

Im Zentrum der Veranstaltung stand ein Panel das verschiedene Aspekte eines Kontinuums zwischen Frieden und Krieg thematisierte, wie es für das aktuelle Weltgeschehen charakteristisch zu sein scheint. Hans-Georg Ehrhart (IFSH) sprach über eine postmoderne Kriegführung, Herbert Wulf (Bonn International Center for Conversion, BICC) über die ins Wanken geratene Legitimität des staatlichen Gewaltmonopols, Nadja Maurer (Hamburger Institut für Sozialforschung, HIS) über Gewaltformen zwischen Frieden und Krieg und Jürgen Scheffran (Exzellenzcluster „Integrated Climate System Analysis and Prediction“ (CliSAP), Universität Hamburg) über die Komplexität von Krisen und

Klimawandel - ein Treiber unter vielen

Wissenschaftlerin betont Komplexität der Ursachen für Migration und Konflikt

Der globale Klimawandel wird zunehmend als Sicherheitsrisiko angesehen. Die Erderwärmung könnte die Anpassungsfähigkeit vieler Gesellschaften überfordern und potenziell zu Destabilisierung, Migration und Konflikteskalation beitragen. Insbesondere klimabedingte Migrationsbewegungen werden dabei als Risikofaktor wahrgenommen. Bei einem Klima-Frühstück des Deutschen Klima-Konsortiums im Vorfeld der 52. Münchner Sicherheitskonferenz betonte Christiane Fröhlich (IFSH/HSU), dass der Klimawandel als nur ein Treiber von Migration und Konflikt unter vielen wirke. Die komplexen Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Fluchtbewegungen und Sicherheit seien bisher erst unzureichend erforscht.

Christiane Fröhlich (Copyright: Schattenblick 2016)

Der Fall Syrien: Von der Dürre zu Massenflucht und Bürgerkrieg?

Syrien litt zwischen 2006 und 2010 unter einer schwere Dürre. Sie führte in Teilen des Landes wiederholt zu Missernten und dezimierte den Viehbestand. Laut UN verloren geschätzte 1,5 Millionen Bauern und Viehzüchter ihren Lebensunterhalt; viele von ihnen zogen in weniger betroffene Gebiete des Landes. Christiane Fröhlich stellte ihre aktuelle Studie zum Einfluss der Dürre auf die Binnenmigration in Syrien und deren Rolle beim Ausbruch der Unruhen 2011 vor. Auf der Grundlage von Befragungen syrischer Bauern und Landarbeiter, die sie 2014/15 in jordanischen Flüchtlingslagern durchführte, kam sie zu dem Schluss: „Die vielfach propagierte einfache Kausalität zwischen Dürre, Migration und Konfliktausbruch in Syrien lässt sich so nicht halten. Zwar nahm die Binnenmigration tatsächlich während der Dürre zu, doch weder war die Dürre ihr einziger Auslöser, noch waren es die ‚Klimamigranten‘, die die Proteste initiierten.“ Insbesondere müssten die Auswirkungen der Dürre im Kontext der Politik der Assad-Regierung seit 2000 gesehen werden. Die Streichung von Subventionen und andere liberale Wirtschaftsreformen hätten den Druck auf die notleidende Bevölkerung erhöht, „während die Regierung praktisch nichts unternahm, um die Folgen der Dürre abzumildern“. Syrien sei „ein Beispiel dafür, dass eine effektive Anpassung an die Folgen des Klimawandels nur möglich ist, wenn gleichzeitig die sozialen, politischen und ökonomischen Bedingungen einbezogen werden.“

Kontakt: Christiane Fröhlich *froehlich@ifsh.de*

daraus resultierende Unsicherheiten. Damit deuteten die Vortragenden die aktuell vielfältigen Anforderungen friedenspolitischen Handelns an. Manfred Holler (Center of Conflict Resolution, CCR; Universität Hamburg) versuchte mit Hilfe der Spieltheorie Licht in komplexe Konfliktlagen zu bringen.

Dem Panel vorausgegangen war eine erste Runde von Beiträgen, die die ganze Bandbreite naturwissenschaftlicher und technischer Konzepte und Methoden der Friedensforschung veranschaulichte. Götz Neuneck (IFSH) gab einen Überblick über Technologien, die strategische Stabilität gefährden. Gunnar Jeremias (ZNF) stellte eine Datenbank zur Verifikation der Implementierung der Konvention über das Verbot von biologischen und chemischen Waffen vor. Gesine Rempp (Fachbereich Chemie, Universität Hamburg) informierte über wissensbasierte Methoden zur Risikoabschätzung von Chemikalien und Hartwig Spitzer (ZNF) zeichnete den Weg zur Anschaffung eines Flugzeuges zur Verifikation des Open-Skyes-Vertrages nach.

Die Teilnehmer/-innen der dritten Runde demonstrierten den Willen, sich von widrigen Umständen nicht abschrecken zu lassen und stellten konkrete Projekte zur Friedensförderung vor. Einen Neuansatz kooperativer Friedensforschung mit Kolleg/-innen aus dem postsowjetischen Raum wagt Anna Kreikemeyer (IFSH), wobei sie Konzepte und Methoden des liberalen Universalismus kritisch hinterfragen und neue Dialogformate erproben möchte. Azamjon Isabaev (IFSH) berichtete von seiner jüngsten Feldforschung in Usbekistan, dessen Außenpolitik gegenüber Afghanistan er in seinem Promotionsvorhaben mit der des Nachbarlandes Tadschikistan vergleicht. Schließlich zeigten Alla Röhricht (Fachbereich Rechtswissenschaften, Universität Hamburg,) und Regina Stober (Fachbereich Erziehungswissenschaften, Universität Hamburg) auf, wie sie Friedenspädagogik und Recht in einen produktiven Zusammenhang bringen möchten.

Die abschließende Podiumsdiskussion stand ganz im Zeichen der aktuellen Flüchtlingsthematik. Stimmen aus der Wissenschaft sind in den medialen und politischen Debatten seltener zu hören. Moderiert von Michael Brzoska diskutierten Christiane Fröhlich (Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg) und Nora Markard (Fachbereich Rechtswissenschaften, Universität Hamburg) über Fluchtursachen, Asylpolitik und Herausforderungen der Integration. Dabei wurde auch deutlich, welche zukünftigen Anforderungen sich für Wissenschaft und Forschung, insbesondere für die Friedensforschung, in diesem Feld ergeben.

Kontakt: Michael Brzoska brzoska@ifsh.de
Gerald Kirchner Gerald.Kirchner@uni-hamburg.de

Neue Initiative des U.S. State Department zur multilateralen nuklearen Abrüstung

Im November 2015 organisierte das norwegische Außenministerium in Oslo das Plenar-Treffen der im März 2015 vom US State Department gestarteten Initiative „International Partnership for Nuclear Disarmament Verification“ (IPNDV), zu dem Vertreter/-innen aus 30 Staaten eingeladen waren. Ziel der Initiative ist es, die Erarbeitung von Verfahren zur irreversiblen Zerstörung von Nuklearsprengköpfen zu forcieren und in verbindliche Protokolle umzusetzen. Die USA, Großbritannien und Norwegen hatten bereits umfassende Übungen zur Verifikation nuklearer Abrüstung veranstaltet. Nun gilt es, die dort gemachten Erfahrungen auszuwerten. Bisher wurde im Rahmen der nuklearen Abrüstung die Zerstörung von Nuklearsprengköpfen bilateral zwischen Russland und den USA organisiert. Die Bestimmungen des Nichtverbreitungsvertrages (Artikel I und II) verlangen, dass bei der Zerlegung eines abzurüstenden Sprengkopfes den daran beteiligten Inspektoren keine Informationen über das Design eines Sprengkopfes bekannt werden dürfen. Bei künftigen multilateralen Abrüstungsabkommen würde die überprüfbare Zerstörung von Nuklearwaffen auch durch Nichtnuklearwaffenstaaten bzw. deren Inspektoren in eigens dafür notifizierten Anlagen durchgeführt werden. Zu diesem Zweck müssen technische und prozedurale Verifikationsmaßnahmen ausgearbeitet und erprobt werden, die Antworten u.a. auf folgende diffizile Fragen geben: Wie kann sichergestellt werden, dass ein „echter Sprengkopf“ oder eine bestimmte Anzahl von Nuklearsprengköpfen tatsächlich irreversibel zerlegt wurde? Was geschieht mit den einzelnen Komponenten eines Sprengkopfes? Wie können Spionage, Betrug oder die Preisgabe sensitiver Informationen verhindert werden? Für Deutschland sind Götz Neuneck (IFSH) und Gerald Kirchner (ZNF) in zwei Arbeitsgruppen der IPNDV-Initiative vertreten. Am 18./19. Februar 2016 trafen sich die Arbeitsgruppen in Genf. Zusammen mit einem niederländischen Kollegen hatte Götz Neuneck bei dem Treffen in der US-Mission in Genf ein erstes Papier zu „key terms und definitions“ vorgelegt. Das nächste Plenartreffen, in dem erste Ergebnisse der drei Arbeitsgruppen vorgestellt werden sollen, findet Mitte des Jahres in Tokio statt.

Übungssprengkopf „Odin“

Kontakt: Götz Neuneck neuneck@ifsh.de

Gernot Erler stellt OSZE-Netzwerkprojekt auf Münchener Sicherheitskonferenz vor

Vom 12.-14. Februar fand die 52. Münchener Sicherheitskonferenz (MSC) statt. Im Rahmen eines Side Events im Beisein des Sonderbeauftragten für den deutschen OSZE-Vorsitz, Gernot Erler, stellte das von Botschafter Wolfgang Ischinger geleitete *Panel of Eminent Persons* seine Ergebnisse vor. In seiner Einleitung hob Ischinger einige Merkmale der derzeitigen komplexen Lage hervor: Multiple Krisen, Flüchtlinge, unvorhersehbare Instabilitäten, gebrochenes Vertrauen, widersprüchliche Narrative, Einsatz militärischer Gewalt. Gleichzeitig betonte er, dass die auf der MSC sichtbar gewordene Konfrontation in den vertraulichen Gesprächen so nicht gegeben gewesen wäre.

Vike-Freiberga, ehemalige Präsidentin Lettlands, betonte, dass die Situation so gefährlich sei wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Prof. Karaganow aus Russland hob hervor, dass die Ausarbeitung der unterschiedlichen „Narrative“ der wichtigste Aspekt des Berichtes sei. Und der ehemalige stellvertretende georgische Außenminister Kapanadze ergänzte ebenso wie OSZE-Generalsekretär Zannier, dass es nicht nur drei wie im Bericht, sondern viel mehr Narrative jener Länder gäbe, die geografisch-politisch zwischen dem Westen und Russland liegen. Aber auch die Differenzen kamen wieder deutlich zu Tage: Während Karaganow dazu aufforderte, die OSZE zu vergessen und „etwas Eurasisches“ zu schaffen, widersprach ihm sein Mit-Panelist Guéhenno aus Frankreich ausdrücklich: Minsk sei ein Anfang, nicht das Ende und die OSZE kein Scherz.

Gernot Erler würdigte ausführlich die Ergebnisse des Panels. Gleichzeitig betonte er, dass man bei der Analyse der verschiedenen Narrative noch tiefer graben müsse. Das wolle ein neues von CORE geleitetes Projekt des *OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions* tun. Diese Studiengruppe werde Empfehlungen von praktischer gesellschaftlicher Relevanz erarbeiten mit besonderer Berücksichtigung

von Zivilgesellschaft, Jugend und Medien, also Themen der dritten (menschlichen) Dimension der OSZE. Das Zweijahresprojekt sei nicht auf den deutschen OSZE-Vorsitz 2016 begrenzt, sondern werde auch mit den Vorsitzländern von 2015 und 2017, also mit der Schweiz und mit Österreich, zusammenarbeiten.

Kontakt: Wolfgang Zellner *zellner@ifsh.de*

Women Leaders: Promoting Peace and Security

Patricia Schneider (IFSH) wurde für die Teilnahme am „International Visitor Leadership Program" nominiert und vertrat Deutschland als Delegierte in einem Kreis von über 60 internationalen Teilnehmer/-innen. Seminarthema war „Women Leaders: Promoting Peace and Security". Es fand vom 2.-19. Dezember 2015 in den USA statt und wurde durch das US-Außenministerium finanziert. Beginn und Abschluss fanden im Plenum in Washington D.C. statt. So begann die Staatssekretärin für Bildung und Kulturelle Angelegenheiten, Evan Ryan, sowie Vertreter des Institute for Inclusive Security und dem United States Institute of Peace damit, was Frauen in Friedensprozessen bewirken und welche Rolle die sogenannten National Action Plans bei Implementierung der UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 spielen können. Einen solchen Plan hat auch Deutschland verabschiedet und engagiert sich in unterstützenden Initiativen. Im Pentagon debattierte die Delegation über die Beteiligung von Frauen in den US-Streitkräften.

V.l. Patricia Schneider, Assistant Secretary of State Evan Ryan

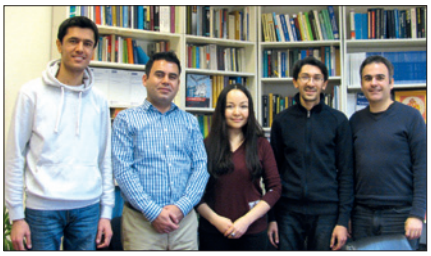
Der Schwerpunkt in New York City war der Besuch bei den Vereinten Nationen und der Abteilung „UN Women". In San Diego, Kalifornien, bekam die Europäische Delegation einen Eindruck von der US-mexikanischen Grenzanlage und diskutierte an der Universität San Diego die Gründe für die mexikanischen Migrationsbewegungen. Hier lernten die Delegierten, dass die zunehmende Befestigung der Grenze sich als kontraproduktiv erweist, da viele Migrant/-innen „ohne Papiere" nicht mehr zurück gehen wollen, aus Angst nicht wieder einreisen zu dürfen. Nach dem Besuch einer Einrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wurde ein Mustergefängnis für Frauen sowie ein Kooperationszentrum für die verschiedenen Polizeien und Geheimdienste vorgestellt. Schließlich besuchte die Delegation eine interreligiöse Initiative zur Stärkung von Arbeitnehmerrechten und Gewerkschaften.

Austin, Texas, überraschte als liberale Hauptstadt in einem sehr konservativen Staat, in dem nun auch Studierende an der Universität Waffen offen tragen dürfen. Mit einem Vertreter einer schwarzen Bürgerrechtsorganisation sprach die Delegation über Rassismus, Polizeigewalt und Bildung. In einer Einrichtung für Opfer häuslicher und sexueller Gewalt wurden neue Konzepte zur gemeinsamen Betreuung von Frauen, Männern und Kindern umgesetzt. Die Delegation traf schließlich mit Vertreter/-innen einer NGO zusammen, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Kandidatinnen für Ämter in Verwaltung und Politik vorzuschlagen und zu unterstützen.

Kontakt: Patricia Schneider *schneider@ifsh.de*

PERSONALIA

Visiting Fellows aus Zentralasien und Georgien am IFSH



Im November und Dezember 2015 waren drei Gastwissenschaftler/-innen aus Georgien, Kasachstan und Tadschikistan zu Besuch am IFSH. Die zwei- bis vierwöchigen Aufenthalte wurden durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) aus der Förderlinie „Konfliktprävention in der Region Kaukasus / Zentralasien und Moldau" finanziert. Der Aufenthalt in Hamburg knüpfte an frühere Zusammenkünfte im Rahmen verschiedener Workshops an. Zwei der Teilnehmer, Aigerim Shilibekova und Jafar Usmanov, haben unter anderem an zwei Workshops zu Fragen der Erforschung politischer Legitimität in Zentralasien teilgenommen. Frau Shilibekova ist Direktorin des Zentrums für regionale und internationale Studien an der Eurasischen Universität in Astana, Herr Usmanov ist Fellow an der Tadschikischen Nationalen Universität. Dritter Gast war Ekaterine Danelia, Doktorandin an der Ilia State University in Tbilisi, Georgien. Höhepunkt des Aufenthaltes war ein eintägiger Workshop, an dem neben den drei Gästen auch Sebastian Schiek (IFSH) und die IFSH-Doktoranden Azam Isabaev (Usbekistan) und Maisam Wahidi (Afghanistan) teilnahmen. Auf dem Workshop stellten die TeilnehmerInnen zunächst ihre jeweiligen, aktuellen Forschungsarbeiten vor. In einem zweiten Schritt wurden gemeinsame Elemente der jeweiligen Forschung diskutiert und empirisch wie konzeptionell auf das Thema politische Legitimität bezogen.

PUBLIKATIONEN

Weeda Mehran ist seit Februar 2016 Gastwissenschaftlerin am IFSH. Ihr Forschungsthema ist die islamische Radikalisierung von Jugendlichen in Afghanistan und im Irak. Frau Mehran schloss vor Kurzem ihre Promotion im Fach Politics and International Studies an der Universität Cambridge ab. In ihrer Dissertation behandelte sie den Einfluss von Warlords in Afghanistan auf den lokalen Peacebuilding-Prozess. Davor erwarb sie einen MSc der University of Oxford und einen MA der Universität Kent in Brüssel. Als Aktivistin arbeitet sie in einer Vielzahl von Organisationen, wie der Afghanistan Independent Human Rights Commission, in Integrity Watch Afghanistan, dem Free and Fair Election Forum of Afghanistan und dem Afghanistan Research and Evaluation Unit. In diesem Rahmen schrieb sie schon viele Berichte zu sozialen und politischen Themen Afghanistans. Außerdem schreibt sie Kurzgeschichten in Englisch und in Persisch.

Kontakt: Weeda Mehran *wm249@cam.ac.uk*

Forum „Standpunkte aus der Politik zu Migration, Sicherheit und Frieden" aus S+F Heft 1/2016 erschienen

„S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace" ist ein Forum der Kommunikation für Wissenschaft und Politik, in dem Analyse, Insiderbericht, Standortbestimmung und Einschätzung Platz haben. In der Ausgabe 1/2016 (im Erscheinen) analysieren Wissenschaftler/-innen Migrationspolitik im Themenschwerpunkt „Migration, Sicherheit und Frieden". Im Forum, das online schon vor dem gedruckten Heft verfügbar ist, sollen auch die aktiven Gestalter von Migrationspolitik unter Berücksichtigung sicherheits- und friedenspolitischer Aspekte zu Wort kommen. Angefragt wurden Politiker/-innen aller im deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Eine beachtliche Anzahl von Vertreter/-innen aus den Bundesländern, dem Bundestag und dem Europaparlament hat sich bereit erklärt, einen Standpunkt zu verfas-

sen; die Beiträge ergänzen die aktuelle Debatte. S+F hat um die Behandlung des Themas Migration aus landes-, bundes- und europapolitischer Sicht gebeten. Das Forum enthält Beiträge von Olaf Scholz, Norbert Neuser, Birgit Sippel, Joachim Herrmann, David McAllister, Michael Gahler, Gregor Gysi, Cornelia Ernst, Alexander S. Neu und Reinhardt Bütikofer. Link zur Datei: <http://www.sicherheit-und-frieden.nomos.de/fileadmin/suf/doc/Forum_SuF_16_01.pdf> bzw. <http://www.sicherheit-und-frieden.nomos.de/archiv/2016/>

Kontakt: Patricia Schneider *schneider@ifsh.de*

S+F. Sicherheit und Frieden, Heft 4/2015 Milizen und die Herstellung von (Un-)Sicherheit

Die Gastherausgeber des Themenschwerpunktes, Christoph J. König und Ulrich Schneckener, stellen fest, dass in der medialen Berichterstattung über die gegenwärtigen Krisen und Kriege ein Begriff nahezu omnipräsent ist: Milizen. Trotz ihrer Verbreitung haben Milizen jedoch in der Friedens- und Konfliktforschung bislang vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit als eigenständiges Phänomen erfahren. Ulrich Schneckener schlägt vor, Milizen als „Status-quo-orientierten" Typus nichtstaatlicher Gewalt zu verstehen, die ihrem Selbstverständnis nach als „Verteidiger" einer politischen und sozialen Ordnung auftreten und den Anspruch erheben diese zu schützen. Die Beiträge von Christoph König und Sandra Wienand illustrieren in diesem Zusammenhang den heuristischen Wert von Schneckeners Konzeption in der Anwendung auf die irakisch-kurdischen Peschmerga (König) sowie die paramilitärischen Verbände des AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) in Kolumbien und der PAC (Patrullas de Autodefensa Civil) in Guatemala (Wienand). Sabrina Bonsen und Christian Thuselt geben vertiefte Einblicke in die Eigenperspektive von bewaffneten Formationen im Libanon (bzw. im Irak). Die Beiträge von Deniz Kocak und Kristóf Gosztonyi/Jan Köhler/ Basir Feda gehen stärker der Frage nach, welche Rolle Milizen bei der Herstellung von (Un-)Sicherheit spielen und inwieweit ihre formelle Einbindung im Rahmen von Sicherheitssektorreformen (SSR) eine effektivere Gewährleistung von (öffentlicher) Sicherheit fördert. Außerhalb des Themenschwerpunktes würdigt Hans-Joachim Gießmann den am 19. August 2015 im Alter von 93 Jahren verstorbenen Ostpolitiker und langjährigen IFSH-Direktor Egon Bahr.

Kontakt: Patricia Schneider *schneider@ifsh.de*

IFSH aktuell
Ausgabe 113
Dezember 2015 – Februar 2016

Verantwortlich für diese Ausgabe: Susanne Bund, Hannah Schmitt, Anna Kreikemeyer

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83 · 20144 Hamburg
Tel. (040) 866 077 67 · Fax: (040) 866 36 15
E-Mail: ifsh@ifsh.de · http://www.ifsh.de

Götz Neuneck, Christian Alwardt; Hans Christian Gils; Raketenabwehr in Europa; Nomos-Verlag: Baden-Baden 2015.

In der neuen Schriftenreihe der Akademie der Wissenschaften in Hamburg, die beim NOMOS-Verlag angesiedelt ist, wurde die IFAR-Studie „Raketenabwehr in Europa" veröffentlicht. Das Buch untersucht die aktuelle Bedrohung Europas durch ballistische Raketen sowie die Ziele und den technischen Stand der US-amerikanischen Raketenabwehrpläne in Europa. Neben Simulationen von möglichen Abfangszenarien auch in Bezug auf Russland und den Iran wird im Abschlusskapitel der Ablauf der Kontroverse um die Notwendigkeit einer europäischen Raketenabwehrkomponente, deren technische Realisierbarkeit, aber auch die entgegenstehenden russischen Interessen und mögliche Konsequenzen für die Sicherheitsarchitektur Europas sowie die nukleare Rüstungskontrolle dargestellt.

Kontakt: Götz Neuneck *neuneck@ifsh.de*

Marcel Dickow, Anja Dahlmann, Christian Alwardt, Frank Sauer und Niklas Schörnig, First Steps towards a Multidimensional Autonomy Risk Assessment (MARA) in Weapons Systems, IFSH:IFAR² Working Paper 20, Dezember 2015.

Zum Thema „First Steps towards a Multidimensional Autonomy Risk Assessment (MARA) in Weapons Systems" ist im Dezember 2015 ein IFAR² Working Paper erschienen. Es stellt die Entwicklung eines Ansatzes vor, mit dem eine Einschätzung des sicherheitspolitischen Risikos spezifischer automatisierter und autonomer Waffensysteme ermöglicht werden soll. Dafür werden entscheidende Indikatoren zur besseren Klassifizierung von Autonomie herausgearbeitet. Das Papier ist eine gemeinsame Publikation des IFSH, der SWP und der HSFK. Es entstand aus einem gemeinsamen, durch das Auswärtige Amt finanzierten, Projekt.

Kontakt: Götz Neuneck *neuneck@ifsh.de*

„Wann ist Krieg ein Krieg?" 27. Tollwood-Festival in München

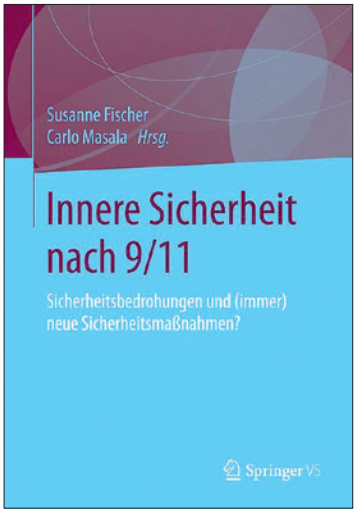
Am 9. Dezember 2015 fand im Weltquartier des 27. Tollwood-Festivals in München eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wann ist Krieg ein Krieg?" statt. Unter der Leitung von Jutta Prediger diskutierten Claudia Roth (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages), Hans-Georg Ehrhart (IFSH) und Reinhold Robbe (ehemal. Wehrbeauftragter) vor 300 Zuschauern. Die Veranstaltung wurde im Bayrischen Rundfunk übertragen. Die Diskussion können Sie hier nachhören: <http://www.br.de/radio/bayern2/gesellschaft/notizbuch/unfassbar-krieg-konflikt-tollwood-100.html>.

Hans-Georg Ehrhart, Die Europäische Union und die NATO, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2015, Baden-Baden: 2015, S. 551-556.

Der Artikel behandelt die sich weiterhin schwerfällig entwickelnden Beziehungen zwischen der EU und der NATO. Die institutionelle Herausforderung besteht darin, die von beiden Organisationen seit Langem proklamierte strategische Partnerschaft mit Leben zu erfüllen. Möglichkeiten für eine engere Kooperation mit der NATO sieht die Beauftragte der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vor allem in den Bereichen hybride Kriegführung, maritime Sicherheit und Cybersicherheit. In einem zweiten Schritt skizziert der Beitrag die meist parallel verlaufenden operativen Aktivitäten beider Organisationen in Afghanistan, auf dem Balkan, im Indischen Ozean und in Libyen. Drittens behandelt der Beitrag den Ukrainekonflikt, der als „game changer" für die Beziehungen zu Russland und als große Herausforderung für die NATO und die EU angesehen wird. Die hybride Kriegführung Russlands erweist sich als destabilisierender Faktor für die europäische Sicherheitsordnung und wirft grundlegende ordnungspolitische Fragen auf. <http://iep-berlin.de/blog/publications/jahrbuch-der-europaeischen-integration-2015-kann-jetzt-bestellt-werden/>.

Kontakt: Hans-Georg Ehrhart *ehrhart@ifsh.de*

Hendrik Hegemann/Martin Kahl: Konstruktionen und Vorstellungen von Wirksamkeit in der Antiterror-Politik: Eine kritische Betrachtung, in: Susanne Fischer/Carlo Masala (Hrsg.), Innere Sicherheit nach 9/11 – Sicherheitsbedrohungen und (immer) neue Sicherheitsmaßnahmen? Wiesbaden: Springer VS 2016, 189-207.



Obwohl in der Regel kaum belastbares Wissen über Wirkungszusammenhänge in Bezug auf das Phänomen Terrorismus vorhanden ist, rechtfertigen politische Akteure die von ihnen beschlossenen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung regelmäßig mit dem Verweis auf deren ‚Wirksamkeit'. Hendrik Hegemann und Martin Kahl zeigen in diesem Artikel, dass Verweise auf die Wirksamkeit der Maßnahmen unter diesen Umständen vor allem in zweierlei Hinsicht relevant sind: zum einen als Konstruktion zur ‚rationalen' Rechtfertigung umstrittener Antiterror-Politiken; zum anderen als Ergebnis politisch und kulturell bedingter Annahmen und Logiken im Bereich der Terrorismusbekämpfung. Hegemann und Kahl argumentieren, dass die Suche nach kausalen Wirkungszusammenhängen und die Evaluation von Maßnahmen der Terrorismuspolitik zwar nicht grundsätzlich unterbleiben sollten, eine kritische Analyse der Konstruktionen von und Vorstellungen über die Wirksamkeit von Maßnahmen aber gerade mit Blick auf deren politiklegitimierende Funktion ebenso wichtig ist.

Kontakt: Martin Kahl *kahl@ifsh.de*